

69. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Mittwoch, 09.10.2019

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Dr. Günther Ernstberger Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Gertrud Mörike Günter Peischl Andreas Post Manuel Prieler Marianne Rader Philipp Schwarz Jutta Schödl Gerda Settele Franz Solfrank Simone Spratter Thomas Weingärtner Irmgard Zankl		
	Betina Mäusel Josef Ebert Gisela Fischer Johannes Mecke	

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen heute die Gemeinderatsmitglieder Herr Mecke, Herr Ebert, Frau Fischer, Frau Mäusel.
Das Gemeinderatsmitglied Herr Ilmberger wird später zur Sitzung kommen.

Vor Einstieg in die Sitzung gratuliert der Vorsitzende nebst Überreichung eines kleinen Präsents dem Gemeinderat Herrn Schwarz und seiner Ehefrau recht herzlich zur Geburt Ihres Kindes

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

939 20 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 20:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

940 20 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

AZ 024
Hauptamt

941 20 **Neubau Feuerwehrgerätehaus an der Münchner Straße;
Auftragsvergabe an den Objektplaner**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 16.03.2016, Nr. 366, mit welchem der Gemeinderat die Verwaltung ermächtigt hat, die weiteren Schritte für einen Architektenwettbewerb in die Wege zu leiten. In der Zwischenzeit fanden verschiedene Abstimmungen mit den künftigen Nutzern (Feuerwehr und dem Projektsteuerer) statt. In 2019 wurde der Wettbewerb durchgeführt. Am 24.07.2019 (Stufe 2) fand die Preisgerichtssitzung statt. In dieser wurden folgende Plätze beschlossen:

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

1. Platz: kplan AG, Abensberg
2. Platz: NOVA-Michael Beck, München
3. Platz: Claudia Schreiber
4. Platz: Europe-Asia-Architects GmbH

Am 10.09.2019 tagte die Bewertungskommission und beurteilte die eingereichten vier Arbeiten.

Das Verfahren verläuft in drei Schritten. Aus der ersten Bewertungsstufe haben sich vier Büros (kplanAG, NOVA-Michael Beck Architekten GmbH, Claudia Schreiber, Europe-Asia-Architects GmbH) für die Stufe 2 des Verhandlungsverfahrens qualifiziert. Alle vier Büros wurden zur Stufe 3 des Verfahrens eingeladen. Zwei der vier Bieter (Claudia Schreiber, Europe-Asia-Architects GmbH) haben vor Wertung des schriftlichen Angebots ihre Teilnahme zurückgezogen.

Nach Auswertung der jeweiligen Bewerbung, durch die Jury, ergibt sich folgende abschließende Platzierung:

1. Platz: kplan AG, Abensberg
2. Platz: NOVA-Michael Beck, München

Im Ergebnisprotokoll von Drees&Sommer, München, Stand 24.09.2019, wird die Empfehlung ausgesprochen, dem Erstplatzierten kplan, Abensberg, den Auftrag für die Objektplanung zu erteilen.

Der Ergebnisprotokoll vom 24.09.2019 wird dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Bewertungsgremiums im Ergebnisprotokoll des Projektsteuerungsbüros Drees&Sommer vom 24.09.2019 an, das Architekturbüro kPlan AG, Abensberg, zur Realisierung „Neubau Feuerwehrgerätehaus und Wohnnutzung“ nach Ablauf der Einspruchsfrist (10 Tage) mit der Objektplanung gem. § 33 HOAI zu beauftragen.

Die Verwaltung wird beauftragt alle erforderlichen Schritte (vorbereiten eines Architektenvertrages, etc.) zur Vorlage an den Gemeinderat zu veranlassen.

Die entstehenden Kosten sind unter der Haushaltsstelle 13001.9490 zu verbuchen.

AZ 611
Bauamt

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

942

20

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss

Bürgerhausvorplatz; Vorstellung des Gestaltungsvorschlages aus dem Architektenwettbewerb

Der Bürgermeister erinnert an die Bekanntmachung der Gemeinderatssitzung vom 13.09.18, Nr. 779, sowie an den Beschluss vom 11.10.2019, Nr. 783, in dem der Vorschlag der raum_landschaf(f)t architekten gmbh, Frau Schlecht, nicht weiter behandelt wurde und an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 21.02.2019, Nr. 567, in dem beschlossen wurde, den Terrawaybelag bis auf den Bereich des Wirtsgartens durch Betonpflaster zu ersetzen. Außerdem wurde die Verwaltung beauftragt einen Architektenwettbewerb zur Erarbeitung eines Gestaltungskonzeptes für den Bürgerhausvorplatz durchzuführen. Ebenso wurde vom Gremium gewünscht, dass die Sprudler aufrechterhalten werden. Die Firma Hierner GmbH wurde mit der Planung der Umbauarbeiten für die schadhaften Sprudler beauftragt.

Weiterhin erinnert der Bürgermeister an den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 27.07.2016, den Bürgerhausvorplatz in Teilen zu begrünen, ohne die bisherige Nutzbarkeit bei Veranstaltungen einzuschränken. Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Von der Verwaltung wurde im Mai 2019 ein beschränkter Architektenwettbewerb durchgeführt. Hier wurden vier Landschaftsarchitekten angefragt, ein Gestaltungskonzept für die Umgestaltung des Bürgerhausvorplatzes zu erarbeiten. Alle vier Büros haben fristgerecht Unterlagen eingereicht. Die Planungsaufgabe des Wettbewerbs war die Erhöhung der Aufenthaltsqualität und damit einhergehend die Belebung des Bürgerhausvorplatzes. Die denkbaren Möblierungen bzw. Einbauten müssen bei Veranstaltungen versetzbar sein. Außerdem sollte im Ideenteil der südliche Teil des Platzes mit Wirtsgarten in die Planung einbezogen werden. Insgesamt wurden vier Arbeiten folgender Architekturbüros eingereicht:

- Zuckschwert + Martin, Freising (Kennziffer 092502)
- toponauten landschaftsarchitektur Gesellschaft mbH, Freising (Kennziffer 153679)
- grabner huber lipp landschaftsarchitekten und stadtplaner partnerschaft mbH (Kennziffer 571203)
- lab landschaftsarchitektur brenner, Landhut (Kennziffer 968854)

Die Planunterlagen wurden dem Gremium zugestellt.

In seiner Sitzung am 24.09.2019, Nr. G 430, hat sich der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss für den Gestaltungsvorschlag Nr. 092502 der Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, 85354 Freising, mit folgenden Hinweisen ausgesprochen:

- Der bestehende Spielplatz soll weiterhin erhalten bleiben. Eine entsprechende Beschattung/Bepflanzung wäre wünschenswert.

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Beim Wirtsgartenbereich wird ein alternativer Vorschlag (Riesel o. ähnlich) erwartet, da eine komplette Durchgrünung nicht dem Charakter und der Nutzung entspricht.
- Der Terrawaybelag soll rückgebaut werden, die Sprudler sollen erhalten bleiben.

Die Planung der vier zusätzlichen Bäume entlang der Münchner Straße zwischen Bushaltestelle und Maibaum/vorhandenen Bäumen (Ecke Kanalstraße) können wegen der vorhandenen Sparten (Telekommunikation, Strom etc.) so nicht umgesetzt werden. Nach Einschätzung des Umweltamtes könnten diese nicht dauerhaft erhalten werden.

Die weiteren geplanten drei Bäume entlang der Querungshilfe an der Münchner Straße sind bereits vorhanden.

Für die bisherige Planung der Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, 85354 Freising, betragen die Gesamtkosten ca. 300.000,00 € brutto.

Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass die vorgelegte Planung der Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, 85354 Freising, das Urheberrecht der Architekten des Bürgerhauses nicht tangiert. Sollte der Gemeinderat dem Architektenvorschlag zustimmen, wird der ehemaligen Arge Guttenberger/Wiederkehr (WerkGemeinschaft Guttenberg, Wiederkehr Landschaftsarchitekten) die Planung zur Kenntnis gebracht.

Auf der HHSt. 76010.9540 sind 600.000,00 € brutto für das Haushaltsjahr 2020 angemeldet.

Die eingereichten Arbeiten werden nach der Beschlussfassung durch den Gemeinderat öffentlich im Rathaus ausgestellt.

Beschluss: 20 : 0

Dem Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.09.2019 wird gefolgt und dem Gestaltungsvorschlag Nr. 092502 der Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, 85354 Freising, für die Umgestaltung des Bürgerhausvorplatzes mit folgenden Hinweisen zugestimmt:

- Der bestehende Spielplatz soll weiterhin erhalten bleiben. Eine entsprechende Beschattung/Bepflanzung wäre wünschenswert.
- Beim Wirtsgartenbereich wird ein alternativer Vorschlag (Riesel o. ähnlich) erwartet, da eine komplette Durchgrünung nicht dem Charakter und der Nutzung entspricht.
- Der Terrawaybelag soll rückgebaut werden, die Sprudler sollen erhalten bleiben.
-

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, 85354 Freising, sollen ihre Planung entsprechend den vorgenannten Hinweisen überarbeiten und dem Gemeinderat in einer seiner nächsten Sitzung vorstellen.

Die Kosten sind auf der HHSt. 76010.9540 zu verbuchen.

AZ 631
Bauamt

943 21

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss

Feststadl Unterföhring; Vorstellung und Festlegung der Innenausstattung sowie weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 09.05.2019, Nr. 893, in Erinnerung, mit welchem das bisherige Verhandlungsgremium ermächtigt wurde die weiteren Festlegungen zu treffen, sofern diese in dem genehmigten Kostenangebot enthalten sind.

Weiter bringt der Erste Bürgermeister den Beschluss des Gemeinderates vom 06.06.2019, Nr. 903, in Erinnerung mit welchem das Gremium der hinterlüfteten Fassade sowie der Planungsvariante A 5 Boden Holzoptik, Wände Holzoptik türhoch, Rest Gipskarton weiß, sowie Mehrkosten in Höhe von insgesamt 88.230,61 € brutto zugestimmt hat.

Die Zimmerei Stark GmbH hat einen Vorschlag zur Ausstattung für das lose Mobiliar (Bänke und Tische), welche noch nicht in der Beauftragung enthalten ist, vorgelegt. Die zusätzlichen Kosten müssen durch den Gemeinderat genehmigt werden.

Der Vorsitzende bringt die Empfehlungsbeschlüsse des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.9.2019 Nr. 629, zur Kenntnis, in dem der Renderingvariante B (Saal und Stüberl) zugestimmt wurde. Sowie die Empfehlung, dass die Außentüren in Eichenholz massiv auszuführen sind.

Die Renderingvariante B (Saal und Stüberl), Stand 19.9.2019 wurden dem Gremium zugestellt.

Am 7.10.2019 hat ein Vertreter der Firma Zimmerei Stark dem Gremium die Ausstattung erläutert und die auftretenden Fragen beantwortet.

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist das Gemeinderatsmitglied Herr Ilmberger zur Sitzung erschienen und hat sich fortan an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

Beschluss: 12 : 9

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Das Gremium folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.9.2019 Nr. 629, dem Grunde nach und spricht sich für die Gestaltungsvariante der Renderingvariante, Stand 7.10.2019 (gemütlich, urig), aus. Durch die Firma Zimmerei Stark, Auhausen, sind hierzu Muster der Tische, des Stuhles, der Bank sowie Materialitäten der Wandvertäfelungen etc. vorzulegen. Die erforderliche Werkplanung ist auszuarbeiten und vorzulegen. Bei der Realisierung des Feststadls ist das Altholz aus dem „Wehnerhof“, soweit möglich zu verwenden. Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss wird ermächtigt, alle erforderlichen Bemusterungen (Mobiliar, Küchenausstattung, Garderobe, Wand- und Deckenbeläge, Türen, Theken, Materialitäten, Beleuchtung etc.) und Gestaltungsfragen durchzuführen und die entstehenden Kosten dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

AZ 621
Bauamt

944 21 **Energiesparförderprogramm Förderung E-Mobilität**
(Empfehlungsbeschluss aus dem Umwelt- und Energieausschuss)

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 08.03.2019, Nr.693, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium der Empfehlung des Umwelt- und Energieausschusses vom 21.02.2018, Nr. 34, angeschlossen hat. Aufgrund Ressourcenschonung wurde beschlossen, die Richtlinien mit Aufnahme von Umrüstungen in die Richtlinie zu erweitern. Die Förderung beim Umbau eines Fahrrades zu einem Pedelec beträgt analog Pedelecs 30%, max. 500,- €.

Weiter sprach sich das Gremium letztmalig für eine erweiterte Einreichungsfrist von max. 12 Monaten ab Kaufdatum aus. Der Förderantrag ist innerhalb von max. 12 Monaten nach Anschaffung des Elektrofahrrads zu stellen. Der Beschluss des Gemeinderates vom 18.05.2017, Nr. 575, wurde dahingehend geändert. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Förderrichtlinien entsprechend zu überarbeiten. Die Richtlinie erhielt den Stand 08.03.2018. Die Änderungen traten zum 01.04.2018 in Kraft.

Seit über 20 Jahren unterstützt die Gemeinde Unterföhring mit einem eigenen Energiesparförderprogramm die Sanierung von Gebäuden und den Ausbau von erneuerbarer Energie. Bereits im Zeitraum von 1996 bis 2015 wurden 143 Anträge mit 173 Maßnahmen und einer Fördersumme von über 212.000 Euro gestellt. Die gestellten Förderanträge und ausgezahlten Fördersummen stiegen in den letzten Jahren stetig an.

Zu den gesetzten Zielen gehören unter anderem Energiesparen und Verbesserung der Luftqualität im Gemeindegebiet. Mit den verfügbaren gemeindlichen Mitteln soll angeregt werden umweltschonende Maßnahmen durchzuführen, um gemeinsam möglichst große Effekte für unsere Umwelt zu erreichen.

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Es werden gefördert:

- kombinierte Förderung (KfW, BAFA)
- Teilsanierungen von Wohngebäuden
- Passivhausstandard
- Photovoltaikanlagen
- Vor-Ort-Energieberatung
- Thermographie-Beratung
- Baubegleitung
- Elektro-Fahrräder
- und weitere

Bei der kombinierten Förderung können Sie neben den Förderungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und dem Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrollen (BAFA) zusätzlich eine Förderung über die Gemeinde für bauliche Maßnahmen erhalten.

Seit Aufnahme des Punktes 2.6 Mobilität in das Energiesparförderprogramm seit 01.01.2017 wurden seither 285 Anträge bei einer Fördersumme von 135.784,00 € bewilligt. Demgegenüber stehen Energiesparfördermaßnahmen der weiteren Punkte mit einer Fördersumme von 12.471,54 €.

Aufgrund der wesentlichen Entwicklung, insbesondere in den vergangenen Monaten, zusätzlicher Anfragen zur Förderung von gewerblich genutzter Pedelecs, Lastenpedelecs, EScooter, Fahrradüberdachungen, Förderung von Ladepunkten u.dgl. scheint ein eigenständiges Förderprogramm zum ganzheitlichen Thema Mobilität analog anderer Umlandgemeinden geboten.

Zu den Fahrradüberdachungen wird auf Tagesordnungspunkt 3.1 aus der Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses vom 25.09.2019 hingewiesen.

Das bisherige Energiesparförderprogramm soll unterdessen für bauliche Anlagen beibehalten bleiben.

Der Erste Bürgermeister gibt weiter den Antrag der SPD-Fraktion vom 22.09.2019 auf Ergänzung des Energiesparförderprogramms ab 01.01.2017/2018 – Förderung von zwei E-Bikes pro Haushalt und Förderung von regulären Fahrrädern ohne Elektroantrieb sowie den Ergänzungsantrag zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 02.06.2019: „Antrag auf Anschaffung von 2 – 3 E-Lastenfahrräder durch die Gemeinde zum unentgeltlichen Verleih an Unterföhringer Bürger*innen gegen Hinterlegung eines Pfandes“, um die finanzielle Förderung von Lastenfahrrädern und Fahrradanhängern pro Haushalt analog E-Bikes und die Ergänzung des Energiesparförderprogramms zur Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses am 25.09.2019 bekannt. Die Anträge wurden in der Sitzung des Umwelt- und Energieausschusses klargestellt und beide aufgrund wesentlichen Anteils an Förderungen dem Tagesordnungspunkt Mobilität zugeordnet.

Die Anträge der SPD-Fraktion vom 22.09.2019 wurden dem Gremium gestellt.

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Mit Beschluss des Umwelt- und Energieausschusses vom 25.09.2019, Beschluss Nr. 50, schloss sich das Gremium der Empfehlung der Verwaltung an und empfiehlt dem Gemeinderat die Aufstellung eines eigenständigen Förderprogrammes zum Thema Mobilität. Die Verwaltung soll beauftragt werden, entsprechende Förderrichtlinien insbesondere zur Förderung folgender Punkte zu erarbeiten:

- Fahrräder
 - Fahrradanhänger; 30% der förderfähigen Kosten, max. 300,- Euro
 - Lastenräder
 - Pedelecs; Förderung von 2 E- Bikes pro Haushalt möglich
 - Lastenpedelecs
 - gewerbliche Pedelecs
 - gewerbliche Lastenpedelecs
 - Fahrradüberdachungen
 - Ladepunkte
-
- Der Antragsteller muss 3 Jahre in Unterföhring gemeldet sein
 - bis 1 Jahr nach Kaufdatum kann ein Antrag gestellt werden

Das neue Förderprogramm ist dem Gemeinderat zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

Die Ausgaben sind unter einer neuen Haushaltsstelle zu verbuchen.

Beschluss: 21 : 0

Das Gremium schließt sich der Empfehlung des Umwelt- und Energieausschusses gemäß Beschluss vom 25.09.2019, Nr. 50, sowie der Empfehlung der Verwaltung an und beschließt die Aufstellung eines eigenständigen Förderprogrammes zum Thema Mobilität.

Die Verwaltung wird beauftragt entsprechende Förderrichtlinien insbesondere zur Förderung folgender Punkte zu erarbeiten:

- Fahrräder
 - Fahrradanhänger; 30% der förderfähigen Kosten, max. 300,- Euro
 - Lastenräder
 - Pedelecs; Förderung von 2 E- Bikes pro Haushalt möglich
 - Lastenpedelecs
 - gewerbliche Pedelecs
 - gewerbliche Lastenpedelecs
 - Fahrradüberdachungen
 - Ladepunkte
-
- Der Antragsteller muss 3 Jahre in Unterföhring gemeldet sein
 - bis 1 Jahr nach Kaufdatum kann ein Antrag gestellt werden

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Das neue Förderprogramm ist dem Gemeinderat zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

Die Ausgaben sind unter einer neuen Haushaltsstelle zu verbuchen.

AZ 851
Bauamt

945 21 **Abrechnungsmodell für die E-Ladeinfrastruktur der Gemeinde; Nutzung der Vereinbarung des Landkreises**

Der Bürgermeister gibt den Empfehlungsbeschluss Nr. 505 des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 03.07.2018 und Gemeinderatsbeschluss Nr. 776 vom 13.09.2018 und die Drucksache 14/1254 des Landratsamts für den Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur vom 20.03.2019 und Drucksache 14/1060 des Landratsamts für den Kreistag vom 23.07.2018 bekannt.

1. Rahmen der Vereinbarung zw. Backend-Dienstleister und Landratsamt

Bei einer landkreisweiten Ausschreibung erhielt das Münchner Unternehmen *Wirelane GmbH* den Zuschlag. Die Backend-Anbieter wiesen eine hohe Kompatibilität zur Landeshauptstadt und den Nachbarlandkreisen, sowie wie hohe Flexibilität zur selbstbestimmten Gestaltung von Tarifmodellen, Software-Anwendung, Integrierung von bestehender Hard- und Software und weiteren Ansprüchen der jeweilige Ladesäulenbetreiber/Kommune auf. Das Landratsamt/ der Landkreis schließt nach erfolgter Ausschreibung mit *Wirelane GmbH* einen Rahmenvertrag.

Der Vertrag zw. *Wirelane GmbH* und dem Landratsamt/Landkreis München läuft zunächst über ein Jahr und verlängert sich ohne Kündigung automatisch für ein weiteres Jahr.

Das Landratsamt/der Landkreis wird mit den jeweiligen Kommunen eine separate Nutzungsvereinbarung schließen, sofern dies die Kommunen so beschließen

Das Landratsamt/der Landkreis schlägt folgende Kostenaufteilung vor (siehe Tab. 1).

Tab. 1 Kostenaufteilung für Backend-Dienstleister

Kosten	Kostenträger	Leistung
Initialisierung	Landkreis München	Aufbau und lfd. Kosten für die App, Weiterleitung auf die Webseite
laufende Kosten	Gemeinde	Backendsoftware-Lizenz mit folgenden

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

		Leistungen: Lizenz, Initialisierung Backend am Ladepunkt, Anbindung eines Ladepunkts, SIM-Karte (Anschaffung und Data-Plan), Kundenservicecenter, Support, Wartung
--	--	--

Das Landratsamt/ der Landkreis wird als Vertragspartner im Rahmenvertrag mit der *Wirelane GmbH* auftreten. Die anstehenden Abrechnungen werden von dem Landkreis an den jeweiligen Betreiber (=Kommune) weiter gegeben. Die Dienstleistung würde sich pro Ladepunkte auf 9,95 €, netto zzgl. Mwst. im Monat bemessen. Zum Vergleich zahlen private Ladesäulenbetreiber einen wesentlich höheren Tarif von 79,- €/mtl./Ladepunkt.

Der Dienstleister übernimmt die vollständigen Serviceleistungen, wie 24h-Hotline für Ladesäulennutzer, Beauftragung von Dritten zur Reparatur der Hardware oder für die jährliche Wartung. Ebenso werden die Ausgabe der RFID-Karte und die Abrechnungsmodalität übernommen, hierzu gehören beispielsweise die Abbuchung der entstanden Kosten beim Endnutzer und das Mahnwesen.

2. Kostenspiegel des Ladesäulenbetreiber Gemeinde Unterföhring

Es gilt zunächst für die bereits aktiven Ladepunkte (TG Bürgerfestplatz, S-Bahnhof und VHS) und die gerade im Bau befindlichen Ladepunkte (Parkhaus Diesel-/Beta-Straße) ein Backend-System zur Sicherung der Abrechnung der Ladensäulennutzung zu implementieren. Pro Ladepunkt wären 9,95 € netto mtl. zzgl. MwSt. für die Inanspruchnahme des Backend-Dienstleisters aufzubringen. Hinzukommende Standorte könnten ohne großen Aufwand zugeschaltet werden.

Tab. 2 voraussichtliche Kosten für Abrechnungsdienstleister

Standort	Ladepunkte	Vsl. Kosten mtl., netto zzgl. Mwst.	Abrechnungsstart
S-Bahnhof	4	~ 40 €	Oktober 2019
Tiefgarage Bürgerhaus	8	~ 80 €	Oktober 2019
Tiefgarage VHS	3	~ 30 €	Mitte 2020
Parkhaus Diesel-/Beta-Str.	10	~ 100 €	Ende 2019, ab Inbetriebnahme
Gesamt	25	~ 250 €	

Ebenfalls können der Sportpark und Schulcampus in dieses System eingebunden werden.

Zusätzlich würden die jeweilige Stromkosten (zzt. ca. 15 Cent/kWh) und Netznutzungskosten an den Ladepunkten anfallen, diese sind insbes. von der

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

tatsächlichen Auslastung des Ladepunkts und den damit verbundenen Verbrauch abhängig. Zur Erinnerung: an der alten E-Ladesäule mit zwei Ladepunkten am Bahnhof flossen 2017 bei hoher Auslastung 14.000 kWh Ökostrom im Wert von ca. 4.000 € in E-Autos. Zunächst wird für die neugeschaffenen und geplanten Ladepunkte jedoch eine geringere Auslastung erwartet.

3. Tarifgestaltung im Gemeindegebiet

Der vom Landratsamt/Landkreis München mitgeteilte Tarifvorschlag würde einen Endkundenpreis von 0,39 Cent pro kWh besteht aus

- 29,03 Ct/kWh, brutto – Ausschüttung an die Kommune
- 2,90 Ct/kWh, brutto – Ausschüttung an *Wirelane*
- 6,07 Ct/kWh MwSt. – Abfuhr an das Finanzamt, über *Wirelane*

Die genaue Tarifstruktur für den Endnutzer kann je nach Wunsch der Kommune festgelegt werden. Es sollten jedoch feste Tarifmodelle mit konstanten Preisen gelten, welche an den Landkreispreis von 0,39 Cent pro kWh angelehnt sein sollen. Notwendig werdende Preisanpassungen auf Grund Erhöhungen von Strom- oder Netzkosten wären jederzeit realisierbar.

Beschluss: 21 : 0

Die Verwaltung wird beauftragt den Rahmenvertrag zw. dem Landkreis München und dem Backend-Dienstleister *Wirelane GmbH* zu nutzen und eine Nutzungsvereinbarung mit dem Landkreis abzuschließen.

Die Laufzeit der Nutzungsvereinbarung zwischen Landratsamt/Landkreis und der Gemeinde wird über ein Jahr vereinbart und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr.

Die benötigten Haushaltsmittel für die Abrechnung der E-Ladepunkte im Vorbericht genannten Standorte mit 300,- € brutto/mtl. und 3.600 €/brutto jährlich, werden genehmigt. Die Haushaltsmittel sind unter einer neuen Haushaltstelle einzustellen und für die Folgejahre im Haushalt zu berücksichtigen.

Bis auf weiteres wird der Empfehlung des Landratsamts München gefolgt und ein Einheitspreis von 0,39 Cent pro kWh für alle Endnutzer angesetzt.

Dem Gemeinderat ist ein Erfahrungsbericht spätestens nach einem vollen Betriebsjahr vorzulegen.

AZ 851
Bauamt

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

946 21 **Antrag des Ortsverbandes Junge Union Unterföhring auf Erstellung
eines Unterföhringer Baulückenkatasters**

Die Junge Union Unterföhring beantragt mit Schreiben vom 24.06.2019 die Erstellung eines Unterföhringer Baulückenkatasters.

Der Antrag des Ortsverband Junge Union Unterföhring wurde den Mitgliedern des Gemeinderates zugestellt.

Der Antrag wird wie folgt begründet:

Aufgrund des stetigen Bevölkerungszuwachses in der Münchner Metropolregion wird das kommunale Flächenmanagement immer wichtiger. Speziell in Kommunen mit bereits hoher Bebauung gewinnt folglich die Nachverdichtung (das Nutzen freistehender Flächen innerhalb bereits bestehender Bebauung) zunehmend an Bedeutung. Eine klassische Art der Nachverdichtung ist die Schließung von Baulücken. In einer Arbeitshilfe für kommunales Flächenressourcenmanagement (siehe Anhang) unterscheidet das bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen zwei Arten von Baulücken:

1. Klassische Baulücke:
 Unbebaute oder sehr geringfügig bebaute Grundstücke, d.h. deutlich mindergenutzte Grundstücke (z.B. nur durch Schuppen, Gartenhaus, Garage etc.) mit dem Potenzial eines vollwertigen Baugrundstücks.
2. Baulücken mit Auffüllungsstatus:
 Relativ neue Baulücken bzw. verfügbare Grundstücke in Neubaugebieten, die sich in Auffüllung befinden.

In einer Kommune wie Unterföhring, wo Flächen inzwischen rar und teuer sind, gäbe ein Baulückenkataster einen Überblick über Baulücken (siehe oben) mit potentiellen Flächen für Neubebauungen. Freie Bauentwicklungsfläche bzw. neu zu erschließende Flächen können als Ressourcen für spätere Generationen erhalten bleiben.

Unterföhring steht in naher Zukunft vor einem deutlichen Wandel in der Ortsgestaltung (UFO, Sportpark, Gymnasium, Feststadl, ProSiebenSat1-Campus, etc.). Gerade in der Strategie zur Ortsgestaltung sollte ein Baulückenkataster genutzt werden. Es würde klar aufzeigen, welche Flächen bei Projekten und Neugestaltungen zusätzlich integriert und berücksichtigt werden könnten. Potentielle Nutzungen bisher unbeachteter Flächen lassen sich eventuell leichter erkennen bzw. festlegen. Das Flächenmanagement würde deutlich einfacher.

Zu prüfen wäre, ob auch private Freiflächen in das Baulückenkataster aufgenommen werden können. Eine Gesamtübersicht über private und kommunale Baulücken könnte die Zusammenarbeit zwischen Privatinvestoren und der Kommune verbessern.

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Wir sind der Ansicht, dass unter Berücksichtigung des großen Wachstums Unterföhrings in den vergangenen Jahren, im Hinblick auf aktuell laufende Projekte (s.o.) und zukünftige Notwendigkeiten (v.a. Wohnungsbau) das Baulückenkataster eine gute Ergänzung wäre, das große Ganze im Überblick zu behalten.

Beschluss: 4 : 17

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein kommunales Baulückenkataster erstellt werden kann und dies dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

AZ 6110
Bauamt

947 21

Antrag des Deandlverein Unterföhring e.V.i.G. auf Zuschuss zur Anschaffung einheitlicher Vereinsdirndl

Mit Schreiben von 16.08.2019 beantragt der Deandlverein Unterföhring e.V.i.G. einen Zuschuss für die Kosten für einheitliche Vereinsdirndl - maßangefertigt durch die Firma Trachten Redl in München. Die Dirndl setzen sich aus einem olivgrünen Grundstoff und einer Dirndlschürze mit traditionellem Muster in den Farben Olivgrün mit rosa Verzierungen zusammen.

Die Kosten pro Dirndl belaufen sich auf 205,00 € inkl. MwSt.

Die Gesamtkosten für die derzeit 32 aktiven Mitglieder belaufen sich somit auf 6.560,00 € inkl. MwSt.

Der Vorsitzende bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 10.12.2009, Nr. 359 in Erinnerung, in welchem für die Einkleidung von fünf neuen Mitgliedern der Böllerschützen jeweils ein Zuschuss von maximal 500,00 € brutto für einheitliche Hüte, Westen und Jacken gewährt wurde. Des Weiteren bringt der Vorsitzende den Beschluss des Gemeinderates vom 10.06.2010, Nr. 460 in Erinnerung, in dem der GTEV Edelweiß Unterföhring einen Zuschuss zum Kauf von sechs einheitlichen Trachten für die Jugendgruppe in Höhe von 3.000,00 € erhalten hat. Auch dem Burschenverein wurde mit Beschluss vom 11.02.2015 ein einmaliger Zuschuss für die Erstausrüstung mit einheitlichen Trachtenwesten in Höhe von 4.000,00 € gewährt.

Der Deandlverein Unterföhring e.V.i.G. ist derzeit noch ein Verein in Gründung, also noch nicht im Vereinsregister eingetragen. Nach Auskunft der 1. Vorsitzenden des Vereins hängt die Eintragung von einer Überarbeitung der Vereinssatzung ab, die so bald wie möglich abgeschlossen sein soll.

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ungeachtet der fehlenden Eintragung im Vereinsregister steht es den Kommunen frei, zum Zwecke der in Art. 83 der Bayerischen Verfassung und Art. 57 Absatz 1 der Bayerischen Gemeindeordnung genannten örtlichen Ziele, zu denen unter anderem auch die örtliche Kulturpflege gehört, im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten fördernd zu wirken.

Beschluss: 21 : 0

Dem Deandlverein Unterföhring e.V.i.G. wird zum Zwecke der Erstattung mit einheitlichen Vereinsdrindln ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 4.000,00 € gewährt.

Der Zuschuss ist nach Vorlage der entsprechenden Rechnungsunterlagen in der Kämmerei zur Auszahlung anzuweisen, die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden unter der Haushaltsstelle 34000.7010 bereitgestellt.

AZ 9
Finanzen

948 21

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 78b/19 „Studentisches Wohnen Apian II“ an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190/7; Billigung des Planentwurfs und Auslegung (§§ 3 Abs.1 u. 4 Abs.1 BauGB)

Der Bürgermeister erläutert den bisherigen Sachstand und bringt in Erinnerung, dass in der Gemeinderatssitzung am 12.09.2019 mit Beschluss, Nr. 934, die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 78b/19 „Studentisches Wohnen Apian II“ an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190/7, beschlossen wurde.

Hierfür ist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan im Sinne der §§ 12 und 30 BauGB im Verfahren nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sowie §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB aufzustellen. Für die Umsetzung der Maßnahme ist ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB mit dem Vorhabenträger zu schließen.

Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Bebauungsplan der Innenentwicklung mit einer festgesetzten Grundfläche von weniger als 20 000 Quadratmetern im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Bei Aufstellung eines Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren gem. § 13a Abs. 3 Ziffer 1 BauGB, ist eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB nicht durchzuführen.

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 78b/19 „Studentisches Wohnen Apian II“ an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190/7 des

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Architekturbüros Meier, Miesbach, wird dem Gremium in der Sitzung erläutert. Die Planunterlagen und die textlichen Festsetzungen, in der Fassung vom 30.09.2019, wurden dem Gremium übermittelt und die weiteren Unterlagen (schalltechnische Untersuchung) auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring zur Verfügung gestellt.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Fl.Nr. 1190/7 (9.161m²) sollen zwei neue Apartmenthäuser für Studierende und Auszubildende im Bereich des bestehenden Parkplatzes auf der Westseite des bestehenden Studentenwohnheimes errichtet werden. Durch Aufständigung des vorhandenen Parkplatzes sollen 128 Apartments à ca. 23 m² Apartmentfläche entstehen. Die Apartments sollen nicht durch den Freistaat gefördert werden und somit auch Studierenden und Auszubildenden aus Unterföhring und der näheren Umgebung zur Verfügung stehen. Laut Bebauungsplanentwurf sollen ca. 3.824m² für die Maßnahme (Apartments + Stellplätze) und 5.337m² öffentliche Grünfläche entstehen.

Beschluss: 21 : 0

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 78b/19 „Studentisches Wohnen Apian II“ an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190/7 des Architekturbüros Meier, Miesbach, in der Fassung vom 30.09.2019, wird gebilligt.

Die Unterrichtung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit ist nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchzuführen.

AZ 6100
Bauamt

949 21 **Budgetvereinbarungen 2020 für die Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e.V.**

Der Vorsitzende bringt den GR-Beschluss Nr. 787 vom 11.10.2018 in Erinnerung, in dem die jährlichen Budgetvereinbarungen der Kindertagesstätten als Ergänzung zum Trägerschaftsvertrag mit der Arbeiterwohlfahrt getroffen wurden.

Gemäß Nr. 5.8 der Trägerschaftsverträge werden die Art und der Umfang der zu erbringenden Leistung sowie die Finanzierung jährlich durch eine Budgetvereinbarung geschlossen. Die Vorlage der Haushaltsentwürfe 2020 erfolgte mit Schreiben der Arbeiterwohlfahrt vom 12.08.2019.

Die einzelnen Beträge und Aufwendungen verteilen sich je Einrichtung wie folgt:

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Kindergarten St.-Florian-Str.

Ansatz AWO: 1.282.959,04 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	44.880,00 €
Elternbeiträge:	49.740,00 €*)
Integrationsförderung:	166.044,50 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	346.048,50 € **)

*) Seit April 2019 werden 100 € pro Kindergartenkind vom Land bezahlt, dadurch entfällt diese Position für die Gemeinde für den Kindergartenbereich

**) Weiterreichung durch die Gde. an Träger: Einnahme -> Verbuchung als Durchlaufposten auf HHSt 46410.1710, Ausgabe -> Verbuchung auf HHSt. 46410.6780 s.u.

606.713,00 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	346.048,50 €	(HHSt 46410.6780)
Defizitausgleich:	330.197,54 €	(HHSt 46410.6780)

676.246,04 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2020*:

46410.1710	346.000,00 €	(Einnahme Durchlaufp. staatl. Förderung)
46410.6780	1.023.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Kinderkrippe Föhringer Allee

Ansatz AWO: 550.486,15 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	12.276,00 €
Integrationsförderung:	49.727,35 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	141.853,45 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46440.1710

203.856,80 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	141.853,45 €	(HHSt 46440.6780)
Elternbeiträge:	72.000,00 €	(HHSt 46440.7180)
Defizitausgleich:	132.775,90 €	(HHSt 46440.6780)

346.629,35 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2020*:

46440.7180	72.000,00 €	
46440.1710	141.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46440.6780:	416.500,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Kinderhaus Römerweg

Ansatz AWO: 1.097.454,82 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	55.968,00 €
Elternbeiträge KiGa:	38.700,00 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	298.038,28 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46460.1710

392.706,28 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	298.038,28 €	(HHSt 46460.6780)
Elternbeiträge KiKri:	137.280,00 €	(HHSt 46460.7180)
Defizitausgleich:	269.430,26 €	(HHSt 46460.6780)

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

704.748,54 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2020*:

46460.7180:	137.300,00 €	
46460.1710	298.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46460.6780:	865.500,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Kinderhaus Straßäckerallee 11

Ansatz AWO: 2.446.470,41 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	170.126,00 €
Elternbeiträge KiGa:	103.740,00 €
Pflegeersatzerlöse	91.076,15 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	696.537,53 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46450.1710

1.061.479,68 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	696.537,53 €	(HHSt 46450.6780)
Elternbeiträge KiKri:	222.000,00 €	(HHSt 46450.7180)
Defizitausgleich:	466.453,20 €	(HHSt 46450.6780)

1.384.990,73 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2020*:

46450.7180:	222.000,00 €	
46450.1710:	696.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46450.6780:	1.859.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Kinderhaus Straßäckerallee 13

Ansatz AWO: 1.575.700,11 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	76.978,00 €
Elternbeiträge KiGa:	33.300,00 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	445.477,17 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46470.1710

555.755,17 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	445.477,17 €	(HHSt 46470.6780)
Elternbeiträge KiKri:	254.220,00 €	(HHSt 46470.7180)
Defizitausgleich:	320.247,77 €	(HHSt 46470.6780)

1.019.944,94 €

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Haushaltsansätze Gemeinde 2020*:

46470.7180:	254.300,00 €	
46470.1710	445.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46470.6780:	1.211.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Kinderhort Münchner Str.

Ansatz AWO: 969.067,16 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	118.300,00 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	275.884,09 €*

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46480.1710

372.244,09 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	275.884,09 €	(HHSt 46480.6780)
Elternbeiträge:	96.360,00 €	(HHSt 46480.7180)
Defizitausgleich:	320.938,98 €	(HHSt 46480.6780)

596.823,07 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2020*:

46480.7180:	96.400,00 €	
46480.1710	275.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46480.6780:	754.400,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Kindergarten Blumenstr.

Ansatz AWO: 1.079.970,93 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	74.800,00 €
Elternbeiträge KiGa:	84.480,00 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG):	280.241,29 €*)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46400.1710

439.521,29 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG):	280.241,29 €	(HHSt 46400.6780)
Defizitausgleich:	360.208,35 €	(HHSt 46400.6780)

640.449,64 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2020*:

46400.1710	280.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46400.6780:	921.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Mittagsbetreuung

Ansatz AWO: 623.136,87 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld:	103.000,00 €
Staatl. Förderung:	50.907,00 €
(päd. Mittagstisch)	

153.907,00 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Elternbeiträge:	0,00 €
-----------------	--------

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Defizitausgleich: 341.870,26 € (HHSt 21111.6780)

341.870,26 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2020*:
21111.6780: 342.000,00 €

Kindergarten Schramelweg Ansatz AWO: 555.636,94 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 37.400,00 €
Elternbeiträge KiGa: 43.080,00 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG): 152.532,51 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46420.1710

233.012,51 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 152.532,51 € (HHSt 46420.6780)
Defizitausgleich: 170.091,92 € (HHSt 46420.6780)

322.624,43 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2020*:

46420.1710: 152.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)

46420.6780: 475.200,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Interimskinderhaus Straßäckerallee 15

Ansatz AWO: 1.282.962,17 €

Einnahmen AWO-Haushalt (extern)

Essensgeld: 37.400,00 €
Elternbeiträge KiGa: 54.740,00 €
Staatl. Förderung (BayKiBiG): 379.628,29 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Träger = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46432.1710

471.768,29 €

Einnahmen AWO-Haushalt (von Gemeinde)

Komm. Förderung (BayKiBiG): 379.628,29 € (HHSt 46432.6780)
Elternbeiträge KiKri: 71.500,00 € (HHSt 46432.7180)
Defizitausgleich: 360.065,59 € (HHSt 46432.6780)

811.193,88 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2020*:

46432.7180: 71.500,00 €

46432.1710: 379.000,00 € (Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)

46432.6780: 1.119.400,00 € (inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

Gastkinder und Tagesmütter

Ansatz Gemeinde: 800.000,00 €

Einnahmen Gemeinde-Haushalt

Staatl. Förderung: 200.000,00 € *)

*) Weiterreichung durch die Gde. an Tagesmütter/externe KiTAs = Einnahme Ansatz als Durchlaufposten auf HHSt 46490.1710

200.000,00 €

Ausgaben Gemeinde-Haushalt

Komm. Förderung 200.000,00 € (HHSt 46490.6780)
Elternbeiträge 200.000,00 € (HHSt 46490.7180)

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Tagesmütter	100.000,00 €	(HHSt 46490.7120)
Defizitausgleich	300.000,00 €	(HHSt 46490.6780)

800.000,00 €

Haushaltsansätze Gemeinde 2020:

46490.7180:	200.000,00 €	
46490.7120:	100.000,00 €	
46490.1710:	200.000,00 €	(Einnahme Durchlaufposten staatl. Förderung)
46490.6780:	500.000,00 €	(inkl. Ausgabe Durchlaufp. staatl. Förderung)

**die „Haushaltsansätze Gemeinde“ sind bei jeder Einrichtung auf volle Hundert auf- (Ausgaben) bzw. abgerundet (Einnahmen).*

Die voraussichtlich zu übernehmenden Gesamtkosten der Gemeinde betragen somit 7.378.500,00 €

Beschluss: 21 : 0

Der Gemeinderat genehmigt das Budget 2020 für die Kindertagesstätten wie von der Arbeiterwohlfahrt am 12.08.2019 beantragt.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in folgender Höhe mit der Budgetvereinbarung zu unterzeichnen und in den Haushalt 2020 zu übernehmen:

Einrichtung	Personal- und Sachausgaben .6780 2020 €	Elternbeiträge Ausgabe (Gebührenfreiheit) .7180 2020 €	zu erwartende Zuschüsse (BayKiBiG) Einnahme .1710 2020 €
21111. Mittagsbetreuung	342.000,00	0,00	50.000,00
46400. Kindergarten Blumenstraße	921.000,00	0,00	280.000,00
46410. Kindergarten St.-Florian-Str.	1.023.000,00	0,00	346.000,00
46420. Kindergarten Schramelweg	475.200,00	0,00	152.000,00
46432. Interimskinderhaus Straßäckerallee 15	1.119.400,00	71.500,00	379.000,00
46440. Kinderkrippe Föhringer Allee	416.500,00	72.000,00	141.000,00
46460. Kinderhaus Römerweg	865.500,00	137.300,00	298.000,00
46470. Kinderhaus Straßäckerallee 13	1.211.000,00	254.300,00	445.000,00
46450. Kinderhaus Straßäckerallee 11	1.859.000,00	222.000,00	696.000,00

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

46480. Kinderhort Münchner Str.	754.400,00	96.400,00	275.000,00
46490. Gastkinder und Tagesmütter	500.000,00	300.000,00	200.000,00
Summe	9.487.000,00	1.153.500,00	3.262.000,00

AZ 423
Finanzen

950 21 **Antrag der Caritas Kreisgeschäftsführung Landkreis München auf
Verlängerung des Zuschusses für die Gemeindeorientierte Soziale
Arbeit (GSA) 2020 mit 2022**

Mit Schreiben vom 23.08.2019 stellt die Caritas Kreisgeschäftsführung Landkreis München einen Folgeantrag zu dem zuletzt genehmigten gleichlautenden Antrag des Caritas-Zentrum München Ost/Land vom 31.08.2016, wobei um einen freiwilligen Zuschuss in Höhe von 0,55 € pro Einwohner für die Jahre 2020 bis 2022 für die Soziale Beratung und für die Ökumenische Sozialstation Bogenhausen gebeten wurde.

Der Zuschuss der Gemeinde stelle einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der bedarfsgerechten und unbürokratischen Versorgung von Menschen in sozialen, materiellen oder seelischen Notlagen dar. Damit die qualifizierte Arbeit von Sozialer Beratung und Betreuung durch die Ökumenische Sozialstation in der Außenstelle fortgesetzt werden könne, wird um die Weitergewährung der Zuschüsse für weitere drei Jahre gebeten.

Der Bürgermeister erinnert an den Genehmigungsbeschluss vom 13.10.2016, Nr. 467.

Den Mitgliedern des Gemeinderates wurde der Antrag der Caritas vom 23.08.2019 zugestellt.

Die Verwaltung schlägt eine Verlängerung der Zuschussgewährung für die nächsten drei Jahre i. H. v. 0,55 € pro Einwohner zum Stichtag 01.01. des laufenden Jahres vor.

Beschluss: 21 : 0

Dem Antrag der Caritas auf Verlängerung des Zuschusses für die Gemeindeorientierte Soziale Arbeit (GSA) 2020 mit 2022 vom 23.08.2019 wird wie folgt zugestimmt: dem Fachdienst Gemeindeorientierte Soziale Arbeit (GSA) wird (zusätzlich zur Überlassung der Räumlichkeiten im sogenannten Zindlerhaus) ein Zuschuss in Höhe von 0,55 € pro Einwohner, befristet auf drei Jahre, ab 01.01.2020 bis 31.12.2022 gewährt. Stichpunkt ist jeweils der 01.01. des laufenden Jahres.

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Zahlung erfolgt freiwillig und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht.

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind bei 47000.7010 einzustellen

AZ 402
Finanzen

951

21

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 10/19 Genehmigung der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes und Wirksamwerden

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes mit Begründung und Umweltbericht der Gemeinde Unterföhring in der Planfassung vom 10.04.2019 mit Bescheid des Landratsamtes München vom 29.07.2019, Az.: 7.1-0009/15/FNP Unterföhring, nach § 6 des Baugesetzbuches genehmigt worden ist.

Die Bekanntmachung dazu hing vom 19.08.2019 bis zum 20.09.2019 aus.

Der Flächennutzungsplan ist somit wirksam.

AZ 6100
Bauamt

951

21

Bekanntgaben / Anfragen

BEK: 10/19 Sachstand Parkhaus an der Beta-Straße/Dieselstraße

Der Bürgermeister berichtet, dass der Spezialtiefbau am 09.10.2019 beginnen wollte, aber die bauausführende Firma HIB aus Rheinbrohl mitgeteilt hat, dass das Spezialfahrzeug (Tiefenbohrgerät) der Firma Aarsleff Grundbau GmbH aus Hamburg auf dem Wege nach Unterföhring einen Defekt erlitten hat und dadurch der Beginn voraussichtlich auf den 10.10.2019 fallen wird. Die Fertigstellung der Parkgarage wird nach Mitteilung von HIB im Sommer 2020 erfolgen.

AZ 611
Bauamt

951

21

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 10/19 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV); Einsatz von Elektrobussen, Ortsbuslinie 232, Geräuschemissionen Ladestation Straßäckerallee

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Seit 02.09.2019 hat der Probetrieb mit den drei elektrischen Bussen begonnen. Seitdem wird ein abgestufter Probetrieb vorgenommen. Während des Ladens der Busse an der E-Ladesäule in der Straßäckerallee wird ein permanentes Pfeifen beobachtet. Beschwerden von der Einrichtungsleitung des AWO-Interimskinderhauses als auch eines Anwohners liegen bereits vor. Der Pfeifton geht von dem Frequenzumrichter aus, eine Änderung und somit Abmilderung des Pfeiftons führte dazu, dass die E-Busse nicht vollständig geladen werden konnten. Der Hersteller der E-Ladesäule, die Firma Allego arbeitet mit Hochdruck daran, die Lärmquelle zu beseitigen. Ein Lösungsvorschlag wäre die Dämmung der Ladestation, es wurde aber auch Kontakt zu verschiedenen anderen Herstellern von Ladestationen aufgenommen, um technische Lösungen zur Geräuschkürzung zu finden.

Am 02.10.2019 wurde durch ein Münchner Büro eine Schallmessung an zwei Messpunkten im Umkreis der Ladestation durchgeführt, wobei ein Messpunkt in Richtung der Kindereinrichtung liegt.

Ab KW 40 bis einschl. KW 46 (Mitte November) wird der Probetrieb jeweils nur an 3 Tagen der Woche (darunter auch Samstage und Sonntage) durchgeführt und es ist nur halbtags ein Fahrzeug zum Laden vorgesehen (vorbehaltlich ev. abzustimmender Anpassungen).

AZ 851
Bauamt

951

21

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Frau Schödl über nächsten Termin für Seniorenworkshop

Frau Schödl erkundigt sich wann der nächste Seniorenworkshop stattfindet. Der letzte Seniorenworkshop hat im Mai und Juni stattgefunden. Es gibt einige Themen die zu besprechen sind.

Der Vorsitzende informiert, dass der nächste Seniorenworkshop vermutlich im November 2019 stattfinden wird.

Hauptamt

951

21

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Herr Kirnberger zum Sachstand Nutzungsänderung Scheune KiJu-Farm

Herr Kirnberger erkundigt sich über den aktuellen Stand der Baugenehmigung für die Umnutzung des Stadels an der Kinder- und Jugendfarm, welche eine Boulderwand erhalten soll.

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung teilte Herr Kirnberger mit, dass die Baugenehmigung täglich in der Gemeindeverwaltung erwartet wird. Hierzu ist die Bauabteilung in engen Kontakt mit dem Landratsamt München.

Hauptamt

951

21

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Frau Zankl Sachstand Wasserschaden VHS/Musikschule

Frau Zankl erkundigt sich über den aktuellen Sachstand zum Wasserschaden im Neubau des VHS-/Musikschulgebäudes.

Der Vorsitzende erläutert, dass ein Ventilkopf der Fußbodenheizung kaputt gegangen ist. Es wird derzeit geprüft ob es sich um einen Planungs-, Konstruktions- oder Materialfehler handelt. Aktuell ist die Ursache des Schadens nicht bekannt. Es ist ein Gutachter beauftragt worden ein Gutachten über die Schadensursache zu erstellen.

Des Weiteren erläutert der Vorsitzende, dass der Wasserschaden noch über die Bauwesenversicherung abgewickelt werden kann, da sich das Gebäude bei Schadensentstehung noch im Bau befunden hat.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Guist erläutert die technischen Gesichtspunkte warum so viel Wasser ausgetreten ist.

Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass derzeit geprüft wird ob ein System zur Verhinderung solcher Schäden etc. nachgerüstet werden kann.

Hauptamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 21:15 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer

69. Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2019

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss
